

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Gmnepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönfahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Drederfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 48

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.—
monatlich M. 9.—

Halver

Samstag, den 25. Februar 1922

Anzeigerpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
40 Hg., auswärts 50 Hg., im Reklameteil 1 mm hoch
90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten und die Unterhaltungsbeilage.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Auf Einladung maßgebender englischer Kreise sind deutsche Vertreter zu den Beratungen des Finanzkonferenz für England nach London gefahren.

* Der Reichsfinanzminister erklärte im Reichstage, daß demnächst Vorbesprechungen mit den Parteiführern über die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten stattfinden sollen.

* Lloyd George wird sich am Sonnabend zu einer Besprechung mit Poincaré nach Paris begeben.

* Die Konferenz in Genua wird nach neueren Anweisungen der italienischen Regierung wahrscheinlich am 23. März beginnen.

* Bei der Explosion des amerikanischen Militärluftschiffes „Roma“ sind 35 Personen ums Leben gekommen.

Der Reichspräsident.

Von einem auf mittlerer Linie stehenden Politiker wird uns aus Berlin geschrieben:

Nachdem der Reichsfinanzminister die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten als dringlich bezeichnet hat, ist der Streit um die Person des höchsten Repräsentanten der deutschen Republik in ein neues Stadium getreten. Es handelt sich jetzt nicht mehr darum, von Zeit zu Zeit von Seiten irgend einer Partei dieses Problem in die Debatte zu werfen, sondern es ist nunmehr notwendig, ein klares Programm für diese Wahlen aufzustellen und zu verhandeln, daß in dem Wahlkampf selbst ein heilloses Durcheinander entsteht. Eine lange und gründliche Vorbereitung wird um so notwendiger sein, als eine Klarheit über den Kreis der Personen, die für die Wahl überhaupt in Frage kommen, bis jetzt keineswegs besteht. Das mag zum Teil daran liegen, daß die deutsche Politik in den letzten Jahren unter so vielen schweren Erschütterungen von außen und innen zu leiden hatte, daß jede nicht ganz brennende Frage aus dem Kreis der Überlegungen überhaupt ausgeschaltet wurde. Und niemand behauptet, daß die Frage der Präsidentenwahl ein derartig brennendes Problem gewesen wäre. Das liegt vor allem daran, daß der jetzige Reichspräsident Ebert im Laufe einer reichlich dreijährigen Amtszeit es verstanden hat, durch eine kluge, zurückhaltende und vermittelnde Politik des Vertrauens auch derjenigen Kreise in recht weitgehendem Maße zu erwerben, die ihm parteipolitisch vollkommen fern stehen. Wenn bisher von den rechtsstehenden Parteien ab und zu die Forderung erhoben wurde, an Stelle des provisorisch gewählten Präsidenten, der bekanntlich sein Amt aus der Hand der Nationalversammlung in Weimar empfing, einen verfassungsmäßig vom ganzen Volke endgültig zu wählenden Präsidenten zu setzen, so geschah das in erster Linie deshalb, weil man den Vorschriften der Verfassung gerecht werden wollte, und zweitens, weil man besonders in diesen Kreisen die Auffassung hegt, daß ein Reichspräsident eine Persönlichkeit sein muß, die auf Grund ihrer ganzen Laufbahn und ihrer Kenntnisse und Praxis auf dem Gebiete des internationalen diplomatischen Verkehrs in hervorragendem Maße befähigt ist, ein so großes Reich nach außen hin in denjenigen Formen zu vertreten, die in der internationalen Diplomatie nach jahrhundertlangem Herkommen nun einmal fest eingewurzelt sind. Bei aller Anerkennung, die Herrn Ebert für seine Person auch von seinen Gegnern zuerkannt wird, glaubt man doch in den rechtsstehenden Parteien, daß es im Hinblick auf die internationale Stellung Deutschlands auf die Dauer günstiger wäre, wenn an seine Stelle ein Mann des sogenannten „großen politischen Formates“ treten würde.

Die Schwierigkeit, die einem solchen Wunsche entgegensteht, wird jedoch auch von den rechtsstehenden Politikern keineswegs unterschätzt. Sie liegt vor allem darin, daß wir zwar solche Persönlichkeiten besitzen, daß aber nur schwer ein Name gefunden werden kann, auf den sich heute bereits die notwendige große Mehrheit des ganzen deutschen Volkes vereinigen ließe. Andererseits sind auch die Sozialdemokraten nicht absolut sicher in der Überzeugung, daß Präsident Ebert auf alle Fälle wiedergewählt wird. Parlamentarisch gesehen dürfte seine Mehrheit kaum größer sein als die der gegenwärtigen Regierung Wirths. Denn nicht nur von den meisten bürgerlichen Parteien, sondern auch besonders auch von den Unabhängigen und Kommunisten wird er abgelehnt, von letzteren sogar scharf bekämpft. Der parlamentarische Maßstab kann aber keinen sicheren Anhaltspunkt geben, da ja nicht der Reichstag, sondern das ganze Volk diese Wahl vornimmt und über die Stimmungen in der Bevölkerung selbst keinerlei zuverlässiges Urteil abgegeben werden kann.

Die in dieser Frage bestehende Unsicherheit und der Mangel an geeigneten Kandidaten ist auch einer der Gründe gewesen, die dazu führten, daß das Provisorium der Reichspräsidentenschaft eine so verhältnismäßig lange Zeit hindurch bestehen blieb. Ein anderer Grund dafür war, daß man die Entscheidung über Oberschlesien abwarten wollte, weil erst nach dieser festgestellt werden konnte, welche Teile des deutschen Volkes an der Wahl teilnehmen können. Dieser Gesichtspunkt ist auch von Regierung und Reichstag in den Vordergrund gestellt worden, als Präsident Ebert selbst im Oktober des vorigen Jahres in einem Briefe an den Reichsfinanzminister ausdrücklich darum ersuchte, die Reichspräsidentenwahl nicht länger aufzuschieben. Damals wurde er gebeten, im Hinblick auf die schwierige Gesamtlage des Reiches seine hohe Stellung noch weiter zu behalten. Jetzt kann und wird seinem Wunsch Rechnung getragen werden.

Durch die Annäherung bald bevorstehende Neuwahl wird über die höchste Spitze des deutschen Staatswesens auf eine Zeit von sieben Jahren entschieden. Augenblicklich liegt die Frage der Wiederwahl oder der Nachfolgerschaft noch völlig im Unklaren, und man glaubt in unterrichteten politischen Kreisen zurzeit nicht, daß dieser Wahlkampf mit der gleichen Leidenschaftlichkeit ausgetragen werden wird, wie wir es bei anderen Wahlgängen oft zu beobachten hatten. Gerade bei dieser Wahl muß man wünschen, daß keine „Parteilandbuden“ aufgestellt werden, die nur neue Verpönderung zur Folge haben, sondern daß sie nach Gesichtspunkten vorbereitet wird, die es dem Volke ermöglichen, wirklich den Mann seines Vertrauens an die Spitze des Reiches zu stellen.

Deutscher Reichstag.

(176. Sitzung.)

CB. Berlin, 23. Februar.

Sofort nach Eröffnung der heutigen Sitzung beantragte der Abg. Bark (Komm.), als ersten Punkt auf die Tagesordnung eine Besprechung der Auslieferung der beiden Spanier, die des Mordes an dem spanischen Ministerpräsidenten Dato beschuldigt sind, zu setzen. Reichsjustizminister Dr. Radbruch erwiderte, daß er beim Haushalt des Reichsjustizministeriums auf diese Frage eingehen wolle.

Hierauf wurde der Gesetzentwurf zur Vereinfachung des Aufgebotsverfahrens in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso der Gesetzentwurf, betreffend Änderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige, ebenso das Schutzgesetz für die Bosener Landschaft, das die Errichtung einer Treuhandstelle vorsieht. Alsdann wurde die zweite Beratung des Reichshaushalts für 1922 fortgesetzt, und zwar beim

Haushalt des Reichsjustizministeriums.

Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.) wandte sich gegen die Klassenjustiz der Richter, die zum größten Teile aus Seiten der herrschenden Klassen ständen. Die Rechtsprechung der Richter untergrabe das Vertrauen zur Justiz. Die Mörder von Erzberger und Garde werden nicht gefunden, die aus den Gefängnissen entwichenen Offiziere ebenfalls, und ich glaube, auch Herr von Fagow wird nicht gefunden werden, wenn er demnächst aus der Haft entweicht. Das alles entfremdet das Volk der Justiz. Weiter behandelte der Redner die große Justizreform, die nicht verschoben werden dürfe.

Abg. Warnuth (Deutschnat.) verteidigte den Richterstand gegen den Vorwurf der Parteilichkeit. Er wandte sich weiter gegen die Absehbare der Richter. Die Bildung eines republikanischen Richterbundes sei ein Widerspruch in sich selbst, sie trage politische Tendenzen in die Rechtsprechung. Weiter trat der Redner dafür ein, daß auch die Frau in der Rechtspflege voll zu ihrem Rechte komme. Zum Schluß wandte er sich gegen die Errichtung immer weiterer Sondergerichte.

Abg. Dr. Kahl (Deutsche Vp.) führte u. a. aus, der allgemeine Vorwurf der Klassenjustiz ist unberechtigt. Im großen und ganzen sei unser Richteramt auch heute noch unbefangenen.

Abg. Dr. Rosenfeld (U.-Soz.) verlangte die baldige Durchführung der großen Justizreform, sowie eine Änderung des Ehegerichtsverfahrens, trat ferner für die Gleichberechtigung der unehelichen Kinder mit den ehelichen ein und verbreitete sich dann über die Auswahl der Richter, Geschworenen und Schöffen. Die weiteren Ausführungen des Redners galten der Klassenjustiz, für die er eine Menge von Beispielen anführte. — Zum Schluß ging der Redner auf die Auslieferung der beiden Spanier ein. Diese Handlung der jetzigen sozialistischen-kapitalistischen Regierung wurde von ihm als eine Schande bezeichnet. Die äußerste Linke gab ihrer Entrüstung durch Applaus Ausdruck.

Preussischer Landtag.

(105. Sitzung.)

4. Berlin, 23. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Kahl (Komm.), auf die Tagesordnung einen kommunikativen Antrag zu setzen, der den Einspruch gegen die Auslieferung der beiden Spanier an dem spanischen Ministerpräsidenten Dato beschuldigten spanischen Syndikalisten Fort und Conveccion und ihre sofortige Freilassung verlangt. Da Widerspruch erhoben wird, kann der Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die

Fortsetzung der Aussprache über den Kultusetat bringt eine Rede des Abg. Buchhorn (Deutsche Vp.), der die Prozesse bedauert, die sich mit der unverhüllten Schamlosigkeit der Frau Gelly der Mordt beschuldigt haben. Mit Unrecht habe das nichts zu tun, ebenso wenig wie die für künftige Einnahmen berechneten Budgetausgaben gewisser Werke. Abg. Frau Kunert (U.-Soz.) führt die häßlichen Auswüchse auf dem Kunstgebiete, wie Radtänge usw., auf die Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaft zurück. Abg. Hoff (Dem.) tritt für den Antrag ein, der die Unterführung des in besonderer Notlage befindlichen Dresdener Theaters verlangt.

Kultusminister Voeltz: Das Ministerium ist sich der hohen Verantwortung bewußt, die ihm aus der Pflege der Kunst der Gesamtheit des Volkes gegenüber erwächst. Es wird in diesem Sinne zu den Anträgen des Ausschusses Stellung nehmen.

Dann kamen mehrere Redner mit Einzelwünschen zu Wort. Dann schloß die Besprechung und es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Verstaatlichung der Polizeiverwaltung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die Vorlage wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Die Beratung des Kultus-Etats wird beim Abschnitt: Höhere Lehranstalten, Provinzialhochschulen u. f. w. fortgesetzt.

Nicht in Paris!

Die Zusammenkunft Lloyd Georges mit Poincaré.

Nur einen einzigen Tag will sich Lloyd George bei seiner bevorstehenden Reise nach Frankreich von London entfernen und die französische Hauptstadt soll nicht der Ort der Zusammenkunft sein. Man spricht vielmehr von Calais als dem Treffpunkt. Die Unterredung der beiden Staatsmänner würde, so betont ein amtlicher englischer Bericht, nur einige Stunden dauern und

Stellung nehmen Charakter

tragen. Natürlich war dazu eine Erklärung notwendig, in der der gemeinsame Wunsch Frankreichs und Englands hervorgehoben wird, daß eine private vertrauliche Unterredung zu dem gegebenen Zeitpunkt stattfinden möge. Die alliierten Sachverständigen würden erst nach der Zusammenkunft der beiden Premierminister ihre erste Sitzung abhalten. Interessant ist zu beobachten, daß man sowohl in Paris wie in London die Konferenz als einen Erfolg hinzustellen bemüht ist. Es scheint, daß der plötzliche Entschluß Lloyd Georges, Poincaré eine Aussprache vorzuschlagen, darauf zurückzuführen ist, daß sich in gewissen englischen Kreisen eine Stimmung bemerkbar macht, die die Konferenz von Genua überhaupt nicht stattfinden lassen wollte, um zu verhindern, daß sich die Gegensätze zwischen England und Frankreich noch mehr verschärfen.

Englische Erwartungen.

Die „Times“ schreiben zur bevorstehenden Zusammenkunft Lloyd Georges mit Poincaré, an erster Stelle unter den politischen Fragen stehe die Haltung der Alliierten gegenüber den Bolschewisten und gegenüber Deutschland. England und Frankreich müßten zu einem klaren und festen Übereinkommen gelangen, daß die Zulassung der Bolschewisten unter keinen Umständen eine rechtskräftige Anerkennung der Sowjetregierung bedeute. Vorläufige maßregeln auf der Konferenz von Genua gegenüber Deutschland seien nicht weniger notwendig als gegenüber Rußland. Deutschland habe sich verschoren, den Friedensvertrag von Versailles zu durchbrechen. Die Deutschen und die Russen versuchten, England und Frankreich auseinanderzuringen. Das einzige Mittel, um beiden das Handwerk zu legen, sei ein englisch-französisches Übereinkommen. Die erste Bedingung dafür sei die Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages, an dem irgendwelche angemessene Änderungen nur vorgenommen werden könnten durch die Organe, die der Vertrag selbst geschaffen habe, nämlich durch die Reparationskommission und den Völkerbund.

Eine vorläufige Einigung?

Der „Petit Parisien“ glaubt mitteilen zu können, daß infolge des letzten Meinungsaustausches zwischen London und Paris offiziell über folgende Punkte eine Einigung erzielt ist:

1. Keiner der bestehenden Friedensverträge wird auf der Konferenz in Genua in Frage gestellt.
2. Über die Wiedergutmachungsfrage wird nicht verhandelt.
3. Der Völkerbund wird damit beauftragt, die endgültige Ausführung der von der Konferenz getroffenen Entscheidungen zu überwachen.

Schwierigkeiten in Genf.

Die deutsch-polnischen Schlussverhandlungen.

Die direkten Besprechungen zwischen den deutschen und den polnischen Delegierten über Oberschlesien, die in Genf unter dem Vorsitz Calenders stattfinden, gehen ihrem Ende entgegen, jedoch nicht, ohne daß die von Anfang an vorausgesehenen Schwierigkeiten nun leider doch eingetreten wären. Man hofft, daß das gesamte Vertragswerk gegen Ende der nächsten Woche erledigt sein werde, jedoch können die Unterzeichnungsformalitäten erst später erfolgen, da der Vertrag viele Hunderte von Paragraphen umfaßt und die schwierigsten technischen Probleme behandeln wird. Bei den noch

unverledigten Streitfragen

haben sich die Meinungsverschiedenheiten noch verschärft. Im wesentlichen waren noch Probleme des Unter Ausschusses 5 (Alteisenfragen), 7 (Gewerkschaftsfragen), 10 (wichtige Liquidationsfragen), 11 (Minderheitenfragen), 12 (zwischenstaatliche Organisationen) der Lösung. Präsident Calonder wünscht, daß auch in diesen Fragen eine unmittelbare Einigung zwischen den Beteiligten unter Vermeidung des Schiedsspruches erfolgen möge. Es ist aber sehr fraglich, ob eine solche Einigung zu erreichen sein wird. Besonders stark ist der Gegensatz in der Minderheitsfrage.

Die polnischen Vertreter wollen lediglich Einfügung des Minderheitsvertrages vom 28. Juni 1919 in das deutsch-polnische Abkommen. Nach deutscher Auffassung ist eine solche Übertragung auf die oberschlesischen Verhältnisse schon deshalb unmöglich, weil jener Vertrag den unlöslichen Zusammenhang zwischen Minderheitsrechten und Wirtschaftsfragen, wie er in Oberschlesien besteht, nicht berücksichtigt. Die deutsche Vertretung im 11. Unter Ausschuss dringt daher auf strengste Präzisierung aller Anwendungs-möglichkeiten des Minderheitsgesetzes im einzelnen. Man ist sich auf deutscher Seite und wohl auch auf polnischer darüber klar, daß die gegenwärtigen Verhandlungen nicht nur für den Abschluß des Genfer Abkommens entscheidend sind, sondern auch als Präzedenz für die

künftigen deutsch-polnischen Beziehungen

überhaupt und die allgemeinen direkten Verhandlungen die später zwischen den beiden Ländern notwendig werden und in Genf natürlich nicht berührt werden konnten, dienen werden. In einigen Fragen wird man kaum darum herumkommen, die Entscheidung des Präsidenten Calonder anzurufen. Es ist freilich auch denkbar, daß der Präsident in privaten Vorbesprechungen den Delegationen zu einer Einigung verhilft. Er hat als äußersten Schlußtermin für die Besprechungen den 10. März angenommen.

Halver den 25. Februar 1922

□ Heimführung der gefallenen Krieger. Es wird bekanntgegeben, daß gegen die Heimführung deutscher Kriegerleichen aus dem Auslande von deutscher Seite keine Bedenken mehr bestehen. Für die Durchführung sind folgende Bedingungen maßgebend: 1. Die gesamten Kosten sind von Angehörigen zu tragen. 2. Die Identität muß einwandfrei feststehen. Die Genehmigung zur Überführung erteilt das Zentralnachweiseamt, durch dessen Vermittlung die Zustimmung des betreffenden Fremdstaates eingeholt wird. Die Urträge sind daher grundsätzlich an das Zentralnachweiseamt für Kriegerverluste und Kriegergräber in Spandau, Schmidt-Knobelsdorff-Straße, zu richten. 3. Die Ruhe der übrigen Toten darf durch die Ausgrabung nicht gestört werden. 4. Bei der Überführung müssen alle von der Gesetzgebung geforderten Vorschriften beachtet werden. Dies bezieht sich auch auf die Gesetzbücher der Länder, aus denen die Leichen ausgeführt und durch die sie befördert werden. 5. Für Fehler bei der Grabanaabe haftet das Reich nicht. Wegen derartiger Fehler können keinerlei Ansprüche an das Reich gestellt werden. 6. Angehörige, die Kriegerleichen aus dem Auslande überführen, verpflichten sich zur Instandsetzung und Instandhaltung der neuen Gräber in Deutschland. Es ist notwendig, daß die Angehörigen dem Zentralnachweiseamt genau mitteilen, wo die Leiche ausgegraben und wohin sie umgebettet worden ist. Urträge auf Überführung von Kriegerleichen aus Deutschland in das Ausland sind gleichfalls an das Zentralnachweiseamt zu richten.

— **Halver, 23. Febr.** Seltene Hundetreue. Eine wahre seltene Hundetreue konnten gestern morgen Besucher des hiesigen Friedhofes feststellen. Eine junge Witwe legte am vergangenen Dienstag am Geburtstage ihres verstorbenen Gatten einen Kranz nieder und nahm auf diesem Wege seinen früheren treuen Begleiter mit. Zu Hause angekommen, vermißt die Witwe erst ihren Begleiter, da inzwischen Dunkelheit eingetreten war, gab sie das Suchen nach dem Hunde auf. Am anderen Tage begab sich die Frau wieder auf die Suche, ging zurück zum Friedhof und siehe da — der Hund sah steif gefroren neben dem Grabhügel seines früheren Herrn.

— **Schallsmühle, 24. Febr.** Am Montag dieser Woche gab ein edler Ritter der Landstraße hier seine Gastrolle. Als Schwer-Kriegsbeschädigter, Nervenleidender und Flüchtling aus dem Polenlande bot er den hiesigen Geschäftsleuten Anbliktsarten unter allerlei Gesichtsverrenkungen zum Verkauf an. Von allen Seiten floßen ihm, dem armen Flüchtling, der aus der Umgegend von Berlin herkam, die mildtätigen Gaben in reichem Maße zu. Diese ihm so reich zugehenden Gaben legte er sofort in Alkohol, bis er schließlich in sich zusammenbrach. Beim Versuch, 2 Paar neue Damenstrümpfe, die er irgendwo gekauft haben wollte, für zusammen 30 Mark an den Mann zu bringen, ereilte ihn das Mißgeschick, indem der heilige Hermendaut auf der Bildfläche erschien und ihn wegen Diebstahls, Betrug usw. in Nr. 1 sicher brachte. Ein gewisser hiesiger Kaufmann, der die Strümpfe bereits für 30 Mark und die nötigen Schnäppse von dem vollständig aus der Rolle fallenden Schwindler gekauft hatte, mußte diese an den Polizeibeamten wieder abgeben, der sie für beschlagnahmt erklärte. Geld und die billig erstandenen Strümpfe war er jetzt los und hat nun das Nachsehen und obendrein noch die Blamage. Der bedauernswerte edle Ritter wurde am anderen Tage nach dem er seinen Raub im Spritzenhaufe ausgehoben hatte, dem Amtsgericht Lüdenscheid zugeführt.

— **Schallsmühle, 23. Febr.** Ein fein eingefädelter Kohlendiebstahl in größerem Maße der an der hiesigen Güterabladestelle ausgeführt wurde, und bei dem mehrere Personen beteiligt sind, wurde von dem hier stationierten Oberlandjäger aufgedeckt. Wie wir hören, ist bereits in dieser Angelegenheit eine Person verhaftet und eine ganze Fuhre von den gestohlenen Kohlen bei ihr beschlagnahmt worden.

+ **Kierspe, 23. Febr.** Das Fest der silbernen Hochzeit begehen am Sonntag die Eheleute Karl Quädiker zu Werfelscheid. Wir entbieten dem Jubelpaare unsere besten Wünsche.

— **Kierspe, 23. Febr.** Hier ist ein Doppel-Quartett ins Leben gerufen worden, welches Herr Lehrer Knieper dirigiert.

— **Wattenscheid, 22. Febr.** Schulschlingen als Bege-lagerer. Eine Bande jugendlicher Räuber lauerte seit einiger Zeit auf der von Wattenscheid nach Bochum führenden Straße in der Feldmark Hamme nach Einbruch der Dunkelheit Fuhrwerken mit Lebens- und Genußmitteln auf. Einige der Burschen kletterten von hinten auf die Wagen und warfen ihren nebenher laufenden Spießgesellen die ihnen zusagenden Waren zu. Auf diese Weise erbeuteten sie Fleischwaren, namentlich Wurst, ferner Schokolade, Liköre und andere Süßigkeiten. In vielen Fällen versteckten sie die gestohlenen Waren irgendwo im Walde, um sie am anderen Tage wieder zu holen. Die Namen der jugendlichen Räuber sind von der Polizei festgestellt worden, als diese durch ein anonymes Schreiben Kenntnis von dem Treiben erhalten hatte. Die Burschen stehen im Alter von 13 bis 15 Jahren.

— **Waltrop, 22. Febr.** Unter einer Mauer begraben. Beim Abtragen einer etwa zwei Meter hohen Mauer an der alten Schmiede des Schmiedemeisters Trappe hier, die abgebrochen werden sollte, stürzte die Mauer plötzlich um und begrub den 16 Jahre alten Schmiedelehrling Karl Kohn aus Datteln unter sich. Der Unglückliche starb nach kurzer Zeit infolge schwerer Schädelverletzung.

— **Eberfeld, 23. Febr.** Explosion im Eisenbahnwagen. Heute nachmittag fand in einem Wagen 4. Klasse des von Köln nach Barmen-Rittershausen fahrenden Personenzuges während des Haltens im Hauptbahnhof Eberfeld eine Explosion statt. Dabei wurde der Wirt Hellwig aus Barmen sofort getötet und drei andere Personen leicht verletzt. Zweifello ist die Explosion eines Sprengkörpers (keine Handgranate) erfolgt, der von einem unbekannten Reisenden mitgeführt wurde. Die Untersuchung des Falles ist im Gange. Den Verletzten wurde seitens sofort herbeigekletter Bahnhofsärzte die erste Hilfe zuteil. (Wie noch einmal sein dürfte, erfolgte vor einigen Wochen ein ähnlicher Vorfall in Barmen).

Kierspe, 22. Febr. Reinhard Mannesmann †. Hier starb der durch die Erfindung des nachfolgenden Walzverfahrens bekannte Industrielle Reinhard Mannesmann im Alter von 63 Jahren.

— **W.-Gladbach, 22. Febr.** Gestern abend spät wurde hier ein von unten kommendes führerloses Fuhrwerk aus der Nähe von Cürten von der Polizei angehalten. Wie sich später herausstellte, war der Besitzer auf der Mühlheimerstraße von dem Fuhrwerk gefallen und hatte, ohne aus dem Schlafe zu erwachen, weiler der Ruhe gepflegt.

Nah und Fern.

□ **Die Eisnotexpedition.** Der deutsche Kreuzer „Möbys“ ist von seiner Hilfsexpedition nach dem Nigajsch Meerbusen zurückgekehrt und in Wilau eingelaufen. Von den im Eise festfrierenden Schiffen konnten vier befreit werden. Die andauernde strenge Kälte, durch die das Eis rasch zunahm, machte es dagegen unmöglich, an die übrigen Schiffe heranzukommen. Da auf einzelnen von ihnen der Proviant ausging, beschränkte man sich darauf, Schlittenexpeditionen auszurüsten und die Schiffe ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen. Während die Schlitten unterwegs waren, nahmen die Eismassen derartig zu, daß der Kreuzer sich nach Wilbau zurückziehen mußte. Die Schlitten erreichten inzwischen ihr Ziel und konnten dann den 80 Kilometer langen Rückweg über das Eis und über Land nach Wilbau in mehreren Tagen zurücklegen.

□ **Niesenschmuggel an der ostpreussischen Grenze.** Der Schmuggel über die Grenzen nach dem Auslande steht nach wie vor in voller Blüte. Nächst gelang es in Gydubunen der Landeskriminalpolizei, einem litauischen Ehepaare einen vier Pfund schweren Goldbarren, verschiedenes Silbergerät und über 300 Edelsteine zu beschlagnahmen und somit ein Millionenobjekt zu erfassen.

□ **Von einem französischen Soldaten erschossen** wurde auf der Mainzer Seite der Strahlenbrücke nach Kastel ein aus Frankfurt a. M. stammender Herr. Der Franzose war ohne irgendwelche Veranlassung über den Deutschen hergefallen.

□ **Bedrohliche Grippeepidemie in Wien.** Ein hartes Anwachsen der Grippe wurde in der vergangenen Woche in Wien festgestellt. Während in der Vorwoche nur 1189 Grippefälle zur Anzeige gelangt sind, sind in der letzten Woche 8370 Grippefälle mit 40 Todesfällen zu verzeichnen gewesen.

□ **Flugpostverbindung Prag—Berlin.** Wie die Prager Blätter melden, fanden dieser Tage in Berlin Vorbesprechungen zwecks Schaffung einer regelmäßigen Flugpostverbindung Prag—Berlin statt. Der Flugpostverkehr wird noch in diesem Jahre, vermutlich Ende des Frühjahr, eröffnet werden.

□ **Englische Freigabe deutscher Filmeinfuhr.** Die Vereinigung der englischen Filmdirektoren beschloß die sofortige Aufhebung des im Jahre 1918 auf fünf Jahre erteilten Verbots der Einfuhr deutscher Filme.

□ **Steuerhinterziehungen eines belgischen Abgeordneten.** Aus Brüssel wird gemeldet: Der sozialistische Abgeordnete Bastien wird sich vor Gericht wegen erheblicher Steuerhinterziehungen zu verantworten haben. Bastien hatte bei der Veranlagung sein Vermögen mit 100 000 Franken angegeben. Die Steuerbehörde stellte aber bei der Nachprüfung fest, daß er ein Vermögen von zwei Millionen Franken besitzt.

□ **Der Segen des Schnees.** Im ganzen Gouvernement Now in Rußland ist harter Schneefall eingetreten, der eine wesentliche Besserung der Ernteaussichten bedeutet.

□ **Explosion in einem Berliner Gaswerk.** In der Berlin-Reutlinger Gasanstalt fand nach der Wiederaufnahme der durch den Streik unterbrochenen Arbeit eine Explosion statt. Zwei Personen wurden leicht verletzt. Das Werk war bereits wieder von der Nothilfe den eigentlichen Arbeitern überlassen worden.

□ **Massendiebstähle bei der Eisenbahn.** Im letzten Jahre hat die Eisenbahnverwaltung mehr als 600 Millionen Mark an Entschädigungen für vorgekommene Diebstähle bezahlen müssen. In den letzten 14 Jahren sind 13 000 Angehörige des Eisenbahnpersonals wegen Unredlichkeit entlassen worden.

□ **Ungetreue Wiener Steuerbeamte verhaftet.** In Wien wurden sechs Steuerbeamte, darunter der Amtsvorstand, verhaftet, weil sie Gold- und Silbergegenstände, die zur Einlösung gebracht worden waren, nicht an den Staat abgeliefert hatten, sondern das ihnen ausgezahlte Geld nach eigenem Ermessen verwandten und die Gold- und Silbergegenstände im Privathandel veräußerten. Der Staat wurde dadurch um viele Millionen geschädigt.

□ **Millionenunterschlagungen eines belgischen Abgeordneten.** Der belgische Abgeordnete und Rechtsanwalt Dufiers hat riesige Summen unterschlagen. Nach amtlichen Feststellungen belaufen sich die Unterschlagungen auf rund 3½ Millionen Franc. Zum großen Teil handelt es sich um Gelder deutscher Firmen, die von der belgischen Regierung beschlagnahmt worden waren. Es steht in dieser Sache noch eine Reihe neuer Verhaftungen bevor.

□ **Eine politische Maffschelle.** Der Militärattaché Südamerikas wurde in Kinsirra von einer ungarischen Dame auf der Straße geohrfeigt. Nach dem Angriff verließ die Dame. Die Polizei konnte die Identität nicht feststellen. Da der Vorfall auf eine politische Ursache zurückgeführt wird, wurde in Budapest Protest eingelegt und von der ungarischen Regierung Genugthuung angefordert.

□ **Die Untertunnung des Suezkanals.** Während des Krieges hatten die Engländer von Kantara eine Eisenbahn durch die Wüste nach Palästina gebaut, die auf einer Hängebrücke über den Suezkanal führte. Die Eisenbahn soll erhalten bleiben und mit ägyptischen Linien verbunden werden. Um aber eine Störung des jetzt wieder sehr stark gewordenen Kanalverkehrs zu vermeiden, will man den Suezkanal umtunneln und die Bahn unter dem Kanal durchführen.

□ **Erdbeben.** Aus Washington wird berichtet: Das Observatorium in Georgetown meldete ein sehr schweres fast einstündiges Erdbeben etwa 2000 englische Meilen südlich von Washington.

□ **Shadletons letzte Fahrt.** Aus Montevideo wird gemeldet: Nach einem Tranergottesdienst in der anglikanischen Kirche wurde der Sarg mit den sterblichen Überresten des Polarforschers Shadleton auf eine Lafete gestellt, nach dem Hafen befördert und an Bord der „Woodville“ gebracht. Auf dem ganzen Wege erwiesen Truppen die militärischen Ehren. Der englische Geschäftsträger, die englische Kolonie und eine zahlreiche Volksmenge folgten dem Zuge. Der Minister des Auswärtigen und der Kriegsminister begaben sich zum Hafen, um dem Sarge des Forschers die letzte Ehre zu erweisen.

Kleine Nachrichten.

□ **Auslandreise deutscher Wirtschaftsvertreter.** Berlin. Im Einverständnis mit dem Reichswirtschaftsministerium ist von den Spitzenverbänden eine Reihe von Herren benannt worden, die als wirtschaftliche Sachverständige der deutschen Handelsvertretung in Moskau die Verhältnisse in Rußland an Ort und Stelle erforschen und darüber dem Reichswirtschaftsministerium und ihren Verbänden Bericht erstatten sollen. Es sind zunächst etwa zwölf Herren für die Reise in Aussicht genommen. Es ist vorgesehen, daß jeder der wirtschaftlichen Sachverständigen etwa sechs Wochen in Rußland bleiben wird.

□ **Das deutsche Eigentum in Polnisch-Oberschlesien.** Berlin. Die Polen scheinen ihre Absicht der Liquidation des deutschen Eigentums in den polnisch werden den deutschen Besitzern Oberschlesiens nicht aufzugeben zu haben. Dies geht aus dem Schreiben einer internationalen amtlichen Stelle in Oberschlesien an eine deutsche amtliche Stelle hervor, in dem gebeten wird, die Vorlage eines Verzeichnisses derjenigen Güterbesitzer, die ihre Güter erst nach dem Jahre 1903 erworben haben, zu schicken und mitzuteilen, ob sich im Kreise der Güter befinden, die im Jahre 1810 vom preussischen Staat im Wege der Säkularisation erworben worden sind.

□ **Unverantwortliche Redakteure.** Berlin. Im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages kam zur Sprache, daß die Kommunisten ein Rundschreiben erlassen haben, in dem aufgefordert wird, nur Abgeordnete, die durch ihre Stellung vor Strafverfolgung geschützt seien, als verantwortliche Redakteure zeichnen zu lassen. Ein Demokrat kündigte einen Antrag an, daß Personen, die unter dem Schutze der Immunität stehen, künftig nicht mehr als verantwortliche Presseleiter zeichnen dürfen.

□ **Wirtschaftsverhandlungen mit Litauen.** Berlin. Am 27. Februar beginnen in Rowno zwischen Vertretern der deutschen und der litauischen Regierung Verhandlungen über Finanz- und Wirtschaftsverträge. Von deutscher Seite haben sich bereits mehrere Regierungsvertreter nach Rowno begeben.

□ **Eine Werbezentrale für die Fremdenlegion.** DA Karlsruhe. Wie aus Mainz gemeldet wird, ist bei dem dortigen französischen Oberkommando eine Werbezentrale für die französische Fremdenlegion eingerichtet worden, von der aus das besetzte Gebiet mit einem Werbenetz überzogen werden soll.

□ **Abklärungskonferenz der skandinavischen Staaten.** DA Stockholm. Blättermeldungen zufolge wird voraussichtlich im Monat März eine Zusammenkunft der skandinavischen Ministerpräsidenten stattfinden, bei welcher die Frage der Abrüstung der Armeen der nordischen Länder zur Beratung kommen soll.

□ **England zahlt Schulden.** Washington. Präsident Harding hat dem Finanzausschuß des Repräsentantenhauses mitgeteilt, er hoffe, daß Großbritannien vor dem 1. Juli für mehr als eine Million Dollar Obligationen ausgeben werde, um einen Teil seiner Schulden an die Vereinigten Staaten zu begleichen.

Wetter-Aussichten

für mehrere Tage im Voraus.

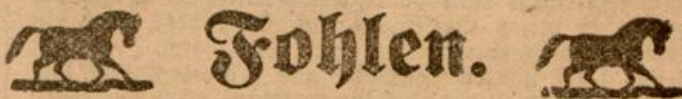
- 26. Febr. vielfach Niederschlag, milde, teils Sonne.
- 27. „ Wolken, vielfach trübe mit Nebel, kahl.
- 28. „ wolfig, Tags milde.
- 1. März veränderlich, windig.
- 2. „ wenig verändert, milde.
- 3. „ vielfach Sonne, frühweises Regen, milde.
- 4. „ wenig verändert.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver, Westf.

In der Küche sparen hilft Maggi's Würze.

Vorteilhaftester Bezug in Originalflaschen Nr. 6. Unbegrenzt haltbar auch bei offener Flasche.

Erhielt eine Auswahl



Sungs Kierspe, Halver. Telefon 52.

Telegramm!

Noch nie wurden Preise wie heute bezahlt!
Darum ist es Zeit, Ihre Felle zu verkaufen!
Komme Donnerstag, nach Halver, Wirtschaft Sped. Vor-
den 2. März, nach Halver, mann, Frankfurterstr.
Kaufe alle Felle.

Zahle für Kaninchen 5—7 Mk., gute Kaninchen 7—10 Mk.
Winter-Häfen 30—35 Mk., Rehelle 30 Mk., Ziegen-
felle 75—150 Mk. (nach Größe), Marder, Iltis, Fuchs,
Maulwurf Rekordpreise!

Außerdem prima Ferkel, garantiert leb., frisch gegerbt,
fast 2 Quadrat Fuß, 50—80 Mk., abzugeben aus eig. Betrieb.

Der Ankauf ist bestimmt von 2—6 Uhr nachmittags.

Fellhandlung Jäger sen., Kierscheid.

Gebisse

alte, auch zerbrochene, für Sie wertlos, zahle bis 2000 Mk.,
einzelne Zähne 12 bis 100 Mk., jedoch kein Zahn unter 12 Mk.,
jeder Zahn nach seinem Höchstwert. (Getöpfte die Hälfte.)

Auswärtige Kunden bekommen die Fahrt vergütet!

Kaufe in Halver, Frankfurterstr. 6 (Gasthof zum Löwen),
Montag und Dienstag von 10—5½ Uhr.

Frisch.

Statt Karten!

Die glückliche Geburt eines
kräftigen Jungen

Richard Escher u. Frau
Bertha geb. Roth

Mailand, 17. Februar 1922
Viale Bianca Maria 39.

Statt Karten!

Emma Nockemann
Otto Kind

Verlobte

Halver, den 25. Februar 1922.

Statt besonderer Anzeige.



Heute nachmittag 4 1/2 Uhr entschlief
sanft nach schwerem Leiden im 60. Lebens-
jahre, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter,
Grossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Wwe. Jos. Weitzel

Anna Pauline geb. Kattwinkel.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Geschw. Weitzel.

Oberbrügge, Hohenlimburg,
den 23. Februar 1922.

Die Beerdigung findet am Montag, den 27. Febr.
nachm. 3 Uhr vom Sterbehause aus statt.
Von Beileidsbesuchen wolle man bitte Abstand
nehmen.



Ach, zu früh bist du geschieden
und umsonst war unser Flehen,
ruhe sanft in Gottes Frieden,
bis wir einst uns wiedersehen.

Heute morgen in aller Frühe entschlief
sanft nach kurzem, schweren Leiden mein
lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager,
Onkel und Vetter

Erich Grönke

im blühendem Alter von 16 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten in tiefer Trauer

Wwe. Alex Grönke
Anna geb. Schröder,
nebst Kinder.

Oeckinghausen, Lüdenscheid, Schalks-
mühle, den 24. Februar 1922.

Die Beerdigung findet am Montag, den
27. Februar, nachm. 3 Uhr, vom Sterbehause aus statt.
Kranzspenden höflichst verboten.

Trauerbriefe

werden schnell und billig
: : angefertigt in der : :

Buchdruckerei

Wilh. Bell jr., Halver.

Große Neu-Eingänge:

Damen- u. Kinder-Konfektion

Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Voiles,
Frottés und Woll-Muffelines

Größte Preiswürdigkeit.

Kleider-Stoffe
für Konfirmation
und Kommunion

Fertige Kleider
für Konfirmation
und Kommunion

Sinn & Co., Hagen i. W.

Größte Spezial-Abteilung für Teppiche und Dekorationen.

Nachruf.

Plötzlich und unerwartet starb nach
kurzem Krankenlager unser Mitarbeiter

Erich Grönke.

Durch sein schlichtes, ruhiges Benehmen
hatte er sich unser aller Achtung und Zu-
neigung erworben. Wir bedauern seinen
Verlust aufs schmerzlichste.

Die Inhaber, Angestellten und Arbeiter
der

Firma Wilh. Lumberg
Carthausen.

Turn-Verein Oeckinghausen 1888.



Nachruf!



Heute morgen verschied plötzlich und
unerwartet nach kurzem Krankenlager unser
Turngenosse

Erich Grönke.

Wir verlieren in demselben einen unserer
besten Jugendturner, der zu den schönsten
Hoffnungen berechnete. Ein Andenken über
das Grab hinaus ist ihm sicher.

Der Vorstand.

Zur Teilnahme an der Beerdigung wollen sich
die Mitglieder am Montag, den 27. Februar, um
2 1/4 Uhr am Vereinslokal recht zahlreich einfinden.

Gelegenheitskauf!

Damen-Kleider . . . v. 490.- an
Damen-Blusen . . . v. 75.- an
Damen-Mäntel . . . v. 490.- an
Kleider-Röcke . . . v. 95.- an
Backfisch-Kleider . . v. 450.- an
nur in reiner Wolle
Herren-Anzüge in englischen Stoffen v. 1050.- an

Paul Schulte, Halver
Obernherweg Nr. 1.

Bereinigung

der Kriegsschädigten
Ortsgruppe Halver.

Generalversammlung

am Sonntag, den 5. März
nachm. 2 1/2 Uhr im Posthaus.

Tagesordnung wird in der
Versammlung bekannt gegeben.
Der Vorstand.

Schablonen,
Weißquaste,
Tupfer, Decken-
bürsten und
Pinsel

empfiehlt

Halverscher Mediz.-Drogerie
Carl Menke
Frankfurterstr. Fernruf 281

Bekanntmachung.

Die Gemeinde Kierspe plant Neubauten herzustellen, in
denen für Gemeindegeseffene das Zimmer 250 M. Miete
für die ersten 6 Monate und 300 M. Miete für die Folgezeit
erfordert.

Wer eine derartige Wohnung haben will, wolle sich im
Zimmer 7 des Amtshauses bis zum 1. 3. 22 melden.
Kierspe, den 22. Februar 1922

Der Amtmann: Hiltbrandt.

**Konfirmanden-
Anzüge**

reichhaltige Auswahl in nur soliden
Qualitäten blau und farbig

450.- 550.- 750.- 950.- 1050.-

Merkur

Hagen i. W. Kampstr. 18a.
Spezialhaus moderner Herren-
und Jünglings-Kleidung.

Ein jüngeres

Mädchen

auf sofort oder später gesucht.

Frau. Herm. Steller,
Halver-Dangenscheid.

Schulentlassene

Mädchen, Knaben

sowie andere

jüngere Arbeitskräfte

gesucht.

Casp. Arn. Winthaus,
-Carthausen.

Fabrik elektr. Beleuchtungsapparate

Suche zu Ostern

Sohn ordentlicher Eltern

zur Erlernung der

Sattlerei u. Polsterei.

Carl Kind jr.
Sattlerei und Polsterei
Halver i. Westf.

Ein guterhaltener

Sig

steht zu verkaufen bei

August Henburg, Oberbrügge.

Fahrpläne

gültig ab 1. Februar 1922
empfiehlt
Buchhandl. Wilh. Bell jr., Halver.

**la. Fensterleder
la. Schwämme**

empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.

**Schwefelsäuren
Ammoniak**

hat abzugeben

Otto Ohler,
Dhl.-Rönsahl.

Ziege

2-3 Liter Milch gebend,
mögl. mit Futter (Heu) zu
kaufen gesucht.

Frau Schaeper, am Löh
b. Kierspe.

Verkaufe eine

Ziege

die Mitte März das dritte
Mal wirft.

Von wem, sagt die Geschäftsf.
des Allg. Anzeigers Halver.

Vin Montag nachmittag
von 3-4 Uhr bei Tasche in
Brügge mit

**la. Oldenburger
Schweinen**



Kämpfer Denecking
Telefon Nr. 1123

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radenvornwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 48

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage,
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.—
monatlich M. 9.—

Halver
Samstag, den 25. Februar 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
40 Bfg., auswärts 50 Bfg., im Reklameteil: 1 mm hoch
90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz.

In der kommenden Woche werden die durch den Eisenbahnerstreik unterbrochenen Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz im Reichsverkehrsministerium mit den Spitzenorganisationen der Eisenbahnbeamten und der Gewerkschaften wieder aufgenommen werden. Inzwischen haben die einzelnen Verbände Stellung genommen und eine Reihe von Abänderungsanträgen fertiggestellt, die neue Verhandlungen nötig machen werden.

Ersparnisse beim Wiederaufbauministerium.

Ähnlich wie beim Schatzministerium und beim Ernährungsmministerium hat der Hauptauschuß auch beim Etat des Wiederaufbauministeriums eine Anzahl Abstriche vorgenommen. Wenn auch ein sozialdemokratischer Antrag, wonach 173 Stellen vom 31. Dezember 1922 ab in Fortfall kommen sollten, nicht angenommen wurde, so wurden doch vom Ministerium sieben, von der Kolonialzentralverwaltung vier, von nachgeordneten Behörden sechsundsiebzig, vom Reichsausschuß für den Wiederaufbau der Handelsflotte zehn, insgesamt 87 Stellen gestrichen. — Auf die Anfrage eines deutschen nationalen Abgeordneten, was denn nun eigentlich tatsächlich an Aufbauarbeiten für die zerstörten Gebiete geleistet sei oder geleistet werden sollte, wurde von Regierungsseite erklärt, es seien bisher von Deutschland angeboten für 18 Milliarden Papiermark, angefordert sei darauf von der Gegenseite für drei Milliarden, geliefert dann für eine halbe Milliarde Papiermark, für 2 1/2 Milliarde Lieferungen seien noch in Erledigung begriffen.

Kein neuer Eisenbahnerstreik geplant.

Die Leitung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter, die den kürzlichen Streik anordnete, hat sich mit der jüngsten Erklärung des Reichsverkehrsministers Greener gegen einen eventuellen neuen Streik beschäftigt und einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt: „Für die Reichsgewerkschaft bleiben die für den Streikabbruch mitbestimmend gewesenen Erklärungen des Herrn Reichsfinanzministers hinsichtlich der Maßregelungen auch heute noch allein ausschlaggebend. Nur die Zurücknahme dieser Erklärung durch den Kanzler selbst hätte die Frage einer Wiederaufnahme des Streiks in den Bereich der Erwägungen rücken können. Es liegt der Reichsgewerkschaft gänzlich fern, sich durch den Erlaß des Verkehrsministers etwa zur Betätigung eines irrtümlicherweise bei ihr vertretenen gewerkschaftlichen Militarismus verleiten zu lassen.“

Steuerungszuschläge für Beamte in Bayern.

Die bayerische Regierung hat dem Landtag zur möglichen baldigen Verabschiedung einen Gesetzentwurf über die Festsetzung der Steuerungszuschläge für die Staatsbeamten zugehen lassen. Der Steuerungszuschlag zu dem Dienstlohn der Beamten beträgt, soweit es den Betrag von 10 000 Mark nicht übersteigt, 40 Prozent, im übrigen 20 Prozent, der Steuerungszuschlag zu den Kinderzulagen 20 Prozent.

Neuwahl der braunschweigischen Regierung.

Im braunschweigischen Landtag wurde die Wahl der neuen Regierung vollzogen. Es wurden mittels Stimmzettels gewählt die Minister Antrid (Mehrheitssozialist), Grotelwohl (Unabhängig), Siebenbrücker (Mehrheitssozialist) und Wesemeier (Unabhängig) mit je 28 Stimmen und August Junke (Unabhängig) mit 2 Stimmen. Die rechtsstehenden Parteien hatten 26 unbeschriebene Zettel abgegeben. Bis auf Wesemeier gehörten alle Minister der bisherigen Regierung an.

Die Einführung der neuen Handelsflagge.

Entgegen den Gerüchten, daß die Handelschiffahrt und ihre Kapitäne die Flagge der Republik ablehnen und der Durchführung der gesetzlichen Maßnahmen große Schwierigkeiten bereiten, heißt es in dem Bericht eines deutschen Generalkonsuls in einem der größeren Mittelmeerhäfen: „Sämtliche Kapitäne, die dem Konsulat ihren Besuch abstatteten, lehnen den Streit über die neue deutsche Handelsflagge als zwecklos und unnützlich ab.“ Diese Ansicht wird von ihnen weniger mit politischen Gründen motiviert, als mit der Tatsache, daß zwischen der alten und der neuen Handelsflagge kaum ein wahrnehmbarer Unterschied festzustellen ist.

Der neue Zwischenfall in Olschitz-Petersdorf.

Über den letzten Zusammenstoß, bei dem ein deutscher Polizeibeamter getötet wurde, erzählt der im Olschitzer Gebiet kommandierende General eine Veröffentlichung folgenden Inhalts: „Am 19. Februar entstand zwischen betrunkenen Zivilisten und französischen Soldaten, die ebenfalls in betrunkenem Zustand waren, eine Auseinandersetzung. Im Laufe des Wirbels wurde ein Polizist, der die Ordnung wiederherstellen wollte, von einem Soldaten durch einen Revolvererschuß tödlich verletzt. Der Schuldige ist sofort verhaftet worden und wird dem Kriegsgericht überliefert.“ Dem Vernehmen nach hat sich die deutsche Regierung mit der Interalliierten Kommission in Oberschlesien in Verbindung gesetzt, um zur Aufklärung der Angelegenheit die geeigneten Schritte zu unternehmen.

187 Milliarden Reparationslast für 1922.

Dem Reichstag ist ein Überblick über den Entwurf des Reichshaushaltsplans für 1922 zugegangen, in dem auch die Veranschlagung der Summen zur Ausführung des Friedensvertrages für dieses Rechnungsjahr enthalten ist. Die Kosten, die wir zu erstatten haben, werden für das Jahr 1922 auf 187 531 696 076 Mark veranschlagt gegen 112 429 185 779 Mark im Vorjahre. Von den Aus-

gaben des ordentlichen Haushalts können nur 16,5 Milliarden Mark aus ordentlichen Reichseinnahmen gedeckt werden. Wenn wir also im kommenden Rechnungsjahr nicht weniger als 171 Milliarden der Reparationskosten auf uns nehmen müssen, so beweist das, daß eine vernünftige Finanzgebarung des Reiches absolut unmöglich bleibt, so lange unser Haushalt mit solchen laufenden Ausgaben aus den Reparationsverpflichtungen belastet ist.

Frankreich.

× Freilassung angeblicher „Verräter“. Die Anklagebehörde hat beschlossen, den seit zwei Jahren verhafteten Abgeordneten Paul Meunier und die mit ihm beschuldigte Frau de Ravisi, die wegen Einverständnisses mit dem Feind unter dem Ministerium Clemenceau in Haft genommen worden waren, außer Verfolgung und in Freiheit zu setzen. Es wurde jedoch beschlossen, die Anklage wegen Einverständnisses mit dem Feinde aufrecht zu erhalten gegen den früheren Herausgeber des „Eclair“, Ernest Judet und den Schweizer Maler Jean Boffard, die beide geflüchtet sind.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Wie verlautet, sind bis jetzt keine offiziellen Berichte über die deutsch-polnischen Verhandlungen aus Genf eingetroffen. Infolgedessen ist ein Sonderkurier der Regierung nach Genf abgefahren, um sich über den Stand der Verhandlungen zu unterrichten. Man vermutet, daß sich in den deutsch-polnischen Verhandlungen Schwierigkeiten ergeben haben.

Berlin. Im Preussischen Staatsrat wurde eine Erhöhung der Gebühren für Rechtsanwälte und Notare beschlossen.

London. Im Unterhause teilte Sir Robert Horne mit, daß die Reparationsbedingungen, die England von Deutschland bis zum Schluß des laufenden Finanzjahres erhalten habe, wahrscheinlich nicht ausreichen werden, um die Kosten des britischen Besatzungsheeres zu decken. Daher würden diese vorläufig nicht auf Reparationsrechnung eingetragen werden.

Änderungen an den Vermögenssteuern.

Beschlüsse des Stenarausschusses.

Der Stenarausschuß des Reichstages beendigte die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die Vermögenssteuer. Die Vermittlungsvorschläge des § 16 wurden nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen; nur die auf die verpackten Grundstücke bezügliche Bestimmung wurde gestrichen.

Der Tarif der Vermögenssteuer

wurde nach einem Kompromißantrage der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei folgendermaßen festgesetzt: Die Vermögenssteuer beträgt jährlich für die natürlichen Personen:

von den angefangenen oder vollen 250 000 Mark des steuerpflichtigen Vermögens 1 vom Tausend	
für die nächsten angefang. oder vollen 250 000	15 vom Tausend
weitere 250 000 Mark	2 „
250 000	3 „
1 Million Mark	4 „
2 „	5 „
3 „	6 „
4 „	7 „
5 „	8 „
10 „	9 „
die weiteren Beträge	10 „

Der Zuschlag zur Vermögenssteuer beträgt nach den Ausschlußbeschlüssen von dem ersten angefangenen oder vollen 250 000 Mark des steuerpflichtigen Vermögens 100; für die nächsten angefangenen oder vollen 250 000 150, und für die weiteren Beträge 200 Prozent der Vermögenssteuer. Der Entwurf des Gesetzes über die Abgabe von Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit wurde vom Ausschusse entsprechend dem Steuerkompromisse, abgelehnt. — Der Stenarausschuß beschloß ferner folgende

Staffelung der Vermögenszuwachssteuer

für die ersten angefangenen oder vollen 200 000 Mark des steuerpflichtigen Vermögenszuwachs	1 Proj.
für die nächsten	200 000 Mark 2 „
200 000	300 000 „ 3 „
300 000	400 000 „ 4 „
400 000	500 000 „ 5 „
500 000	600 000 „ 6 „
600 000	700 000 „ 7 „
700 000	800 000 „ 8 „
800 000	900 000 „ 9 „
weitere Beträge	1000 000 „ 10 „

Bei der Berechnung der Steuer bleibt ein Vermögenszuwachs, der länger als zwölf Jahre zurückliegt, außer Ansatz.

Die übrigen Bestimmungen dieses Entwurfs wurden nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen und damit das ganze Gesetz.

Das Sechstagerrennen.

Wahrer und falscher Sport.

Berlin, im Februar.

Wer sportlich ganz auf der Höhe steht, beweist seine Bildung dadurch, daß er nur von den „Six days“ spricht, was auf deutsch „Sechs Tage“ heißt. Da diese „Sechs Tage“ eine englisch-amerikanische Bezeichnung sind, ist es nur folgerichtig, daß man respektvoll in englischer Sprache von ihnen redet, wie ja die meisten „unserer“ Sportausdrücke — beim Tennis, beim Voren, beim Rennsport usw. — dem Englischen entnommen sind, wobei es ganz und gar nicht darauf ankommt, ob und daß man sie richtig ausspricht.

Also wir haben wieder einmal die „Six days“, und wenn man den Sportblättern Glauben schenken darf, hat man es in Deutschland in den langen Kriegsjahren vor Zehnheit nach diesen Sechstagerrennen schon gar nicht

mehr ausfallen können. Wer nur oberflächlich beobachtet, könnte das sogar für wahr halten. Der Berliner Sportpalast, in dem die große Schau vonstatten geht, ist Nacht für Nacht bis zum Dachstuhl hinauf besetzt, und die „Sportbegeisterung“ nimmt geradezu beängstigende Dimensionen an. Aber der „richtige“ Berliner — es gibt viel mehr unrichtige — weiß Bescheid: er kennt den Rummel und weiß, daß mit Recht so beliebten Reklame ihr Teil zu.

Was das „Sechstagerrennen“ besonders kennzeichnet, ist der Umstand, daß es eigentlich — wie wir schon andeuten — ein Sechsnächterrennen ist. Wenn der Morgen dämmt, verschwindet die schaulustige Menge wie ein nächtlicher Spuk, und nur ein paar „Unentwegte“ sehen sich das Karussell auch bei Tage an. Die Herren Renner — weiblichen Wettbewerbs gibt es auf diesem Gebiete gottlob! noch nicht — radeln denn auch beim Lichte der Sonne, von dem sie allerdings im Lampenlichte des Sportpalastes nichts zu sehen bekommen, nur verdrossen und verdrießlich rundherum, immer rundherum, treiben dabei allerlei Alibis und behaupten dann, daß sie Sport getrieben hätten. Die höchste Achtung vor echtem, wahren Sport; aber was hier geschieht, hat mit Sport nur den Namen gemein. Es ist einfach Wahnsinn, in den ein paar Sportberichterstatter in ellenlangen Bulletins, die sich wie Schlachtberichte lesen, Methode hineinzubringen suchen. Eine große Rolle spielen die „Überwindungen“, die zurückgebliebene Fahrer von Zeit zu Zeit versuchen, um an die „Spitzengruppen“ näher heranzukommen. Manchmal gelingt's, meistens aber nicht — denn die Männer an der Spitze passen hübsch auf. Opfer bleiben auf der Strecke, Fahrer, die vor Müdigkeit umfallen, und denen die Pedale schwach werden; natürlich scheiden sie aus — Sport mit Schaben! —, und die Gruppen schmelzen immer mehr zusammen. Hin und wieder gibt es ein lautes Hallo: bald handelt es sich um „Punktwertungen“, wobei Punkte für besonders gutes Fahren zu erringen sind, bald um ein Prämienfahren, das für den Ausgang der Rennen keine Bedeutung hat, infolge der sehr materiellen Dinge, die dabei zu erobern sind, aber sich besonderer Beliebtheit erfreut. Man kann da Papiergeld in allen erdenklichen Werten gewinnen, von dem schätzbaren Tausendmarktschein, hier „Bräunling“ genannt, bis zu den vornehmsten Dollars und Pfunden. Wer Pech hat, muß sich mit einem öfterreichlichen Zehntausendmarktschein begnügen. Einmal wurde um ein Grammophon gefahren, ein andermal um fünf Zentner Kartoffeln und schließlich gar um ein Schwein. Das war zu derselben Zeit, als in Berlin das Pfund Kartoffeln drei Mark kostete und das Pfund Schweinefleisch so von 26 Mark an aufwärts. Aber das Publikum des Sportpalastes hat es offenbar dazu.

Dieses Publikum ist eine Sebenswürdigkeit für sich und beinahe interessanter als die Herren, die die Veranstaltung veranstalten. Die Zahl der wirklichen Sportfreunde ist, da es sich ja gar nicht um wirklichen Sport handelt, sondern um eine sehr überflüssige Sensation, entschieden in der Minderheit. Die Mehrheit bildet jene Schar von Wettern und Schiebern, die im Sommer auch dem Turf das besondere Gepräge gibt. Dazu kommen gewohnheitsmäßige Nachbummler, Ritter von der jetzt ganz respektablen Portofasse und Damen — „die Damen!“ In den Berichten werden sie oft als „Damen der Gesellschaft“ bezeichnet, man frage aber beileibe nicht, welche Gesellschaft gemeint ist.

Das ist das Berliner Sechstagerrennen, das ist das große Ereignis, durch das sich die Reichshauptstadt nach den diversen Streiks wieder ehrlich zu machen sucht. Und während hier Millionen für eine an sich ganz gleichgültige, geringwertige Sache vergeudet werden, gibt es in Berlin ein geistiges Proletariat, das am Hungertuche nagt, gibt es zahlreiche Studierende, die kein Unterkommen haben, gibt es Ärzte, die „nebenberuflich“ als Wurstverkäufer und Kellner — vielleicht als Kellner im Sportpalast — tätig sind, um sich fatteden zu können, gibt es wissenschaftliche Institute, die ihre Porten schließen müssen, weil sie am Ende ihrer Mittel sind. Ein paar Rennfahrer aber, von denen einige kaum mehr als ihren Namen schreiben können, erhalten das Schwein und die Kartoffeln und die Bräunlinge. Es lebe der Sport! M. S.

Der unpünktliche Mond.

Der Mond läuft schneller als er darf.

Mit unserem alten Freunde und Begleiter, dem Mond, ist irgend etwas nicht in Ordnung. Die Astronomen wissen zwar auf Grund ihrer Tabellen von allen möglichen Sternen mit leichter Mühe den Ort am Himmel festzustellen, wie wir einen Punkt auf der Erde nach Länge und Breite bestimmen, und das ist für Seefahrer, Forschungsfahrer usw. von größter Wichtigkeit. Aber beim Monde kommen fortgesetzt Irrtümer vor. Das zeigt sich besonders bei Sternbedeckungen, d. h., wenn der Mond über irgend einen Stern oder in der Jungfrau oder dem Zwillingen hinwegrutscht, oder bei Mondfinsternissen, wenn der Mond pünktlich zur Sekunde in den Erdschatten treten soll. Dann klappt es nicht ganz genau.

Unsere deutschen Astronomen haben sich zu dem Fall noch nicht geäußert. Archenholz, von der Sternwarte Berlin-Treptow, sagt nur kurz: Es ist beobachtet worden, daß der Querschnitt des Kernschattens der Erde bei der Mondfinsternis größer ist als er nach der Rechnung sein sollte; deshalb beginnt jede Mondfinsternis um einige Sekunden früher und endet auch später. Woran liegt aber diese sonderbare Vergrößerung des Erdschattens? Ernsthafter nehmen die Amerikaner das Problem. Amerika hat jetzt die Welt Herrschaft angetreten und kann es nicht lassen, daß der Mond nicht variieren will. Die Amerikaner haben auch ein besonderes Interesse daran, weil erst im Jahre 1919 die drei Bände der neuen Mondberechnungen von Professor Brown (Yale-Universität) erschienen sind, die alles Ältere in den Schatten stellen. Die alten Hansen'schen